

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags
an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt
„Malerlächeln“ und „Allgemeine Wälder-Zeitung“

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.20
= (ohne Frägerlohn oder Postgebühren.)
Inseratenpreis pro sechsstelliger Pettzeile 15 Pf.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

„Grösste Abonnentenzahl“
aller Rheingauer Blätter

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Etienne in Oestrich.

Verlagsnummer No. 88

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel und Umgebung

No 55

Dienstag, den 7. Mai 1918

69. Jahrgang

Die nächste Nummer gelangt des
Christi-Himmelfahrtsfestes
wegen am **Mittwoch** nachmittag
zur Ausgabe.

Ämtlicher Teil.

Weitere Preussische Uebergangsbestimmung

Verordnung des Bundesrats über die Geneh-
migung von Ersatzlebensmitteln vom 7. März 1918.
(Reichs-Gesetzbl. Seite 113).

Mit Zustimmung des Herrn Reichskanzlers bestimmen wir für
das Königreich Preussen auf Grund des § 15 der obengenannten
Verordnung, daß die gewerksmäßige Herstellung von Ersatzlebens-
mitteln in der Zeit vom 1. bis 31. Mai 1918 solange noch ohne
Genehmigung erfolgen darf, als eine Entscheidung der zuständigen
Ersatzlebensmittelfürsorge über die Genehmigung der betreffenden Ersatz-
lebensmittel nicht herbeigeführt werden konnte. Jedoch dürfen
die ohne Genehmigung hergestellten Ersatzlebensmittel erst an-
geboten, feilgehalten, verkauft oder sonst in den Verkehr gebracht
werden, wenn sie genehmigt worden sind. Sie sind daher einzu-
weisen von den Fabrikanten auf Lager zu nehmen.
Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß die Gefahr der Her-
stellung von Ersatzlebensmitteln während der Uebergangsfrist ohne
Genehmigung die Fabrikanten trifft. Die Herstellung noch nicht
genehmigter Ersatzlebensmittel nach Absatz 1 begründet keinen
Anspruch auf die demnächstige Erteilung der Genehmigung. Den
Fabrikanten von Ersatzlebensmitteln wird daher dringend empfohlen,
unter Beachtung der im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlichten
Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 8. April d. J.
über die Grundzüge für die Erteilung und Verjagung der Geneh-
migung von Ersatzlebensmitteln zu prüfen, ob sie voraussichtlich
auf die Genehmigung rechnen können.

Berlin, den 18. April 1918.

Der Minister des Innern.

J. W. von Jagow.

Der Staatskommissar für Volksernährung.
von Waldow.

Betr.: Brennstoffversorgung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleinwerkes.

In Nr. 78 des Deutschen Reichsanzeigers und Königl. Preuss.
Staatsanzeigers vom 3. April 1918 ist eine Bekanntmachung des
Herrn Reichskanzlers für die Kohlenverteilung erschienen, aus
der wir nachstehend einen Auszug geben.

Die Abgabe von Brennstoffen, die als Hausbrandlieferungen
bezogen sind, und ihre Inanspruchnahme gemäß §§ 29 und 30 zu
anderen Zwecken, als im § 2 Abs. 1 unter Nr. 1-3 angegeben,
ist verboten.

§ 11

1. Hausbrandkohle darf vom 1. Mai 1918 nur auf Grund von
Bezugscheinen bezogen und geliefert werden.

2. Die nach dem bisherigen Verfahren abgestempelten Bestel-
lscheine verlieren mit diesem Zeitpunkt ihre Gültigkeit.

§ 13

1. Die Bezüge haben die Bezugscheine mit der Bestellung an
ihre Lieferanten weiterzugeben. Die Lieferanten an ihre Vorlieferer bis zu
dem Hauptlieferer (§ 7). In der Bestellung ist anzugeben, für
welchen Versorgungsbereich die Hausbrandkohle bestimmt ist.

2. Werden von einem Besteller Hausbrandkohlen für Verbraucher
verschiedener Versorgungsbereiche bestellt, so hat er der Bestellung
Bezugscheine von jedem Versorgungsbereich über die von den ein-
zelnen Bezügen bestimmten Mengen beizufügen.

§ 17

Händler und Verfrachter haben buchmäßig den Nachweis über
die ausgeführten Lieferungen und Versendungen von Hausbrand
zu führen.

§ 19

1. Der Empfänger des Frachtbrieft oder Schiffsbriefs hat dem
Versorgungsbereich sofort nach Antritt einer Hausbrandben-
digung Anzeige von dem Eingange unter Angabe von Menge und Sorte
zu machen.

§ 21

1. Pfahnhändler eines Versorgungsbereichs dürfen die Verbraucher
eines anderen Versorgungsbereichs nur dann mit Hausbrand be-
liefern, wenn ihnen von dem anderen Versorgungsbereich Bezugs-
scheine über Hausbrandlieferungen ausgestellt worden sind. (§
13 Abs. 3).

§ 27

1. Gasföls fällt, auch wenn er fuhrweise oder in noch kleineren
Mengen für Hausbrandzwecke abgegeben wird, unter die von dem
Reichskommisssar festgesetzte Zuweisung. Der Versorgungsbereich, für
welchen der Gasföls abgegeben wird, hat der Gasanstalt Bezugs-
scheine in der Menge auszuständigen, wie Gas zum Verbrauch
innerhalb des Versorgungsbereichs für Hausbrandzwecke abgelegt
wird. Die Gasanstalt darf in einem Versorgungsbereich nur soviel
Gasföls abgeben, wie durch Bezugscheine dieses Versorgungsbereichs
gedeckt ist.

2. Der Reichskommisssar behält sich vor, für einzelne Lieferungs-
zeiträume, z. B. für den Sommer, anderweitige Vorschriften über
die Anrechnung von Gasföls auf die Zuweisung zu erlassen.

§ 33

1. Diese Bekanntmachung tritt, soweit sich aus ihr nicht ein
anderes ergibt, mit dem Tage der Veröffentlichung im Deutschen
Reichsanzeiger in Kraft.

Im übrigen wird, auch besonders wegen der Strafbestimmungen,
auf die oben bezeichnete Bekanntmachung verwiesen.

Auf Grund der vorstehenden Bekanntmachung wird folgendes
bestimmt:

Unsere früheren Anordnungen, sowie die bisherigen Kohlenarten,
haben weiterhin Gültigkeit.

Kohlenbedarfsanmeldungen sind bis zum 15. jeden Monats für
den folgenden Monat bei der Kreis-Kohlenstelle Rüdesheim einzureichen.
Ueber die erhaltenen Bezugscheine haben die Händler Listen
anzulegen, aus denen die verschiedenen Nummern sowie die Namen
der Verbraucher ersichtlich sind, an die die Bezugscheine weiter ge-
geben sind.

Rüdesheim a. Rh., den 25. April 1918

Der Kreis-Kohlenstellen-Beauftragte.

Betr.: Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufs- genossenschaft.

Die meisten Gemeinden sind mit der Zahlung der Beiträge
zur landwirtschaftlichen Berufs-Genossenschaft für 1917 und zur
Haftpflichtversicherungsanstalt für 1918 noch im Rückstand. Ich
mache darauf aufmerksam, daß die Frist zur Zahlung, welche gemäß
§ 1020 Abs. 1 der R. V. O. und § 35 der Satzung der Haftpflicht-
versicherungsanstalt längstens 4 Wochen beträgt, Ende dieser Woche
abläuft. Sollten die Umlagebeiträge nicht bis spätestens Ende der
nächsten Woche bei der Kreis-Kommunal-Kasse eingegangen sein, so
würde die Gemeinde auf Grund des § 1026 der R. V. O. — nötigen-
falls aus eigenen Mitteln — zur Abführung der Beiträge verpflichtet.
Die Heberolle ist alsdann nach Abgabe der üblichen Bescheini-
gung am Schluß wieder einzureichen.

Rüdesheim a. Rh., den 1. Mai 1918.

Der Vorsitzende des Sektionsvorstandes.

Betr.: Kontrolle der Wehrpflichtigen.

Zweck Durchführung der reiblosen Kontrolle aller im
Wehrpflichtigen Alter stehenden Personen unterliegen,

- a) die zu Jugendstrafen Verurteilten,
- b) die durch Straferkenntnis aus dem Heere oder der
Marine Entlassenen und
- c) die mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf
bestimmte Zeit Verurteilten,

nach Entscheidung des Kr. R. vom 9. 4. 18 soweit sie sich
im wehrpflichtigen Alter befinden, der militärischen
Kontrolle und sind den Bestimmungen für die Landsturm-
pflichtigen unterworfen.

Sämtliche in Frage kommenden ungetrauten Per-
sonen, welche am 2. 8. 89 und später geboren sind, haben
sich unter Vorlage der Militärpapiere oder der Bescheini-
gung über die Entfernung aus dem Heere beim Bürger-
meisteramt ihres Wohnorts schriftlich oder mündlich bis 15.
Mai 1918 anzumelden.

Unterlassung der Meldung wird nach den Kriegsgesetzen
bestraft.

Die Anmeldung wird in den Militärpapieren (bzw.
auf der Bescheinigung über Entfernung aus dem Heere)
vermerkt und dient den Militär- und Polizeibehörden, sowie
den Bahnabwachungsstellen gegenüber als Ausweis.

Rüdesheim, den 4. Mai 1918.

Der Vorsitzende der Ersatzkommission

Kronprinz Wilhelm.

DP. Berlin, 6. Mai. Kronprinz Wilhelm
vollendete am 6. Mai sein 36. Lebensjahr. Der „Ber-
liner Lokalanzeiger“ gedachte dieses Tages in folgen-
dem: Der Kronprinz steht seit fast vier Jahren im
Felde. Was wir ihm besonders hoch anrechnen, ist die
Gründlichkeit, mit der er den Proßim des jungen Man-
nesalters mit der ersten Pflichterfüllung austauschte,
sein Verhältnis für die Leistungen der Truppe, seine
Fürsorge für die ihm unterstellten Heere im ganzen
und bis zum einzelnen Mann. Was er persönlich als
Feldherr in zahlreichen Schlachten geleistet hat, die
unter seinem Namen gemeldet wurden, wird erst die
Geschichte nachweisen. Soviel steht indessen heute schon
fest, eine nur dekorative Erscheinung ist Kronprinz
Wilhelm in diesem Kriege nicht. Sympathisch macht
ihm die Zurückhaltung seiner eigenen Persönlichkeit, seine
Abneigung gegen jede Schmeichelei, sein Bestreben,
die freie Meinungsäußerung unabhängiger Männer zu hören
und zu schätzen. Möge es ihm vergönnt sein, für das
Vaterland und die Krone, die er dereinst tragen soll,
zu seinem Teil den Frieden zu erlangen.

Ämtliche deutsche Heeresberichte.

DP. Großes Hauptquartier, 4. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht
und Deutscher Kronprinz.

An den Schlachtfeldern ist die Lage unverändert.
Die Artillerietätigkeit war in vielen Abschnitten, nament-
lich auch während der Nacht lebhaft. Im Kemmel-
gebiet und zu beiden Seiten der Aare zeigte sie sich
heute morgen zu größerer Stärke.

Ein englischer Teilangriff südwestlich von Arras
wurde abgeblasen.

Heeresgruppe Gallwitz.

Vor Verdun lebte die Artillerietätigkeit auf.

Front des Herzogs Albrecht von Württemberg.

Nach erfolglosen Erkundungsvorstößen des Feindes
an der lothringischen Front blieb die Gefechtsintensität
am Vormittag gering. Am Parashwalde und westlich
von Blamont am Nachmittag von neuem ausbrechender
Feuerkampf ließ mit Einbruch der Dunkelheit nach.

Wir schossen gestern 25 feindliche Flugzeuge und
zwei Fesselballone ab. Leutnant Bucher errang sei-
nen 33., Leutnant Puettler seinen 22. Luftsieg.

Osten:

Finnland: Südwestfinnland ist vom Feinde
befreit. Deutsche Truppen im Verein mit finnischen
Bataillonen griffen den Feind zwischen Lahti und
Tavastehus umfassend an und haben ihn in fünf-
tägiger Schlacht trotz erbitterter Gegenwehr und ver-
zweifelter Durchbruchversuchen vernichtend geschlagen.
Finnische Kräfte verlegten ihm den Rückzug nach
Norden. Von allen Seiten umhüllt, streifte der Feind
nach schweren blutigen Verlusten die Waffen. Wir
machten 20 000 Gefangene, 50 Geschütze, 200 Maschi-
nengewehre, Tausende von Pferden und Fahrzeugen
wurden erbeutet.

Der erste Generalquartiermeister:
Lubendorff.

DP. Großes Hauptquartier, 6. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Kronprinz Rupprecht von Bayern
und Deutscher Kronprinz.

Im flandrischen Kampfgelände führten
wir erfolgreiche Unternehmungen durch. Ein feindlicher
Teilangriff südlich von Lofer scheiterte. Am frühen
Morgen vorübergehend heftiger Artilleriekampf zwi-
schen Ypern und Bailloul. Tagsüber lag nur der Sten-
mel unter stärkerem Feuer.

Auf dem Nordufer der Yser, am La Bassée-Ka-
anal und in einzelnen Abschnitten des Scheldtgebietes be-
deutete der Sommer die Feuertätigkeit am Abend
auf. Erkundungsgeschehen und Vorstöße in die feind-
lichen Linien bei Sangard und südwestlich von Brimont
brachten Gefangene ein.

Front des Herzogs Albrecht von Württemberg.

In Vorstößen mit Amerikanern südwestlich
von Blamont und mit Franzosen am Harimannsweller-
kopf machten wir Gefangene.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der erste Generalquartiermeister:
Lubendorff.

Der Osten.

Die Lage in der Krim.

DP. Wien, 4. Mai. Der Präsident des Rates
der Volkskommissare in der Krim sandte an die ukrai-
nische Regierung sowohl, als an die Regierungen in
Berlin, Wien, Konstantinopel und Sofia ein Funken-
telegramm, worin er geltend macht, daß, nach dem der
Brest-Litovsk Vertrag die schwarze Meerflotte Ei-
genium der russischen Republik sei. Nach demselben Ver-
trag gehört die Krim ebenfalls nicht zur ukrainischen
Republik. Das Telegramm schlägt die Bildung einer
aus russischen, deutschen, österreichisch-ungarischen und
türkischen Vertretern gebildeten Kommission zur Reg-
elung des Handels und der Schiffsabris-
verhältnisse im Schwarzen Meer vor.

DP. Berlin, 4. Mai. Der russische Volkskom-
missar des Auswärtigen, Tschitscherin, sandte fol-
gendes Telegramm an die deutsche Regierung:
„Es ist der russischen Regierung bekannt, daß das deut-
sche auswärtige Amt die Ordischörden in der Krim
wegen der Nationalisierung der Flotte befragt habe.
Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten
macht darauf aufmerksam, daß die Republik Tau-
rien zum Verbands der russischen Republik gehört,
und hofft, daß angesichts dieser Erklärungen die deut-
sche Regierung die Verletzung des Brest-Litovsk Ver-
trags zwecks Abtrennung dieser Gebiete von der russischen
Republik nicht gutheißen werde.“ — Wie die „Wos-
sische Zeitung“ hört, ist die Feststellung der Flotte der
Krim durch die deutschen Behörden lediglich aus schiff-
fahrtsrechtlichen Gründen erfolgt und ohne staatliche
Bedeutung.

Einstellung militärischer Maßnahmen.

(36.) Bern, 4. Mai. Die Neue Korrespondenz
meldet aus Moskau: Die maximalistische Re-
gierung hat mit den ukrainischen Tele-
graphierten Verhandlungen geblasen. Sie wird auf
diese Verhandlungen hin Parlamentäre an die
Krimfront, in die Donregion und nach Krasn
entsenden, um die Einstellung der militärischen Maß-
nahmen zu veranlassen.

Königreich Finnland?

DP. Kopenhagen, 4. Mai. Hiesige Blätter
melden aus angeblich zuverlässiger Quelle aus Hel-
singsfors, daß dort Verhandlungen gepflogen wür-

den, um die Kronkronen Finnlands dem Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg-Schwerin anzubieten, der hierzu angeblich bereit sein soll. Nach einer Meldung der „Politiken“ in Stockholm wächst in Finnland die Stimmung für die Einführung der monarchischen Staatsform täglich.

Der Friede mit Rumänien.

DD. Berlin, 6. Mai. Der Friedensvertrag mit Rumänien wird voraussichtlich heute abend oder morgen früh unterzeichnet werden.

Der Tauchbootkrieg.

Neue Tauchboot-Erfolge.

DD. Berlin, 3. Mai. (Antlich.) Eines unserer U-Boote, Kommandant Kapitänleutnant Neurenther, hat in der Frischen See und deren Ausfahrten mit gutem Erfolg gegen den Handelsverkehr unserer Feinde gearbeitet. 5 bewaffnete, zum Teil beladene Dampfer und 1 Segler fielen den Angriffen des U-Bootes zum Opfer. Die Ladungen der Dampfer bestanden vorwiegend aus Kohle. Ein Dampfer hatte Munition geladen, und einer wurde aus stark gefestigtem Gestein herausgeschossen. Ramentisch festgestellt wurde der bewaffnete englische Dampfer „Arakontale“ (2093 Brt.) — Im ganzen nach den neu eingegangenen Meldungen der U-Boote versenkt:

20 000 Bruttoregistertonnen.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Neue Tauchboot-Erfolge.

DD. Berlin, 5. Mai. (Antlich.) Neue U-Boot-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 12 000 Bruttoregistertonnen.

Unter den versenkten Schiffen befand sich ein Tauchboot, das an der Ostküste Englands torpediert wurde. Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Allerlei Nachrichten.

DD. Berlin, 6. Mai. Zum 100. Geburtstag von Karl Marx brachte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Ausführungen des Professors Wilbrandt in Tübingen über die Leistungen von Karl Marx.

DD. Berlin, 6. Mai. Der Staatssekretär des Reichs-Kolonialamts Dr. Solf befindet sich auf dem Wege der Besserung und wird in den nächsten Tagen von Bern nach Wien übersiedeln.

Bulgarisch-österreichische Heiratspläne.

(ab.) Berlin, 5. Mai. Aus Wien wird der „Täglichen Rundschau“ gemeldet: Wie von verläufiger Seite verlautet, schweben zwischen dem bulgarischen Hof und einzelnen Familien des kaiserlichen Hauses Heiratspläne. Es soll beabsichtigt sein, den Erzherzog Karl Albrecht, den Sohn des Erzherzogs Karl Stephan, mit der ältesten Tochter des Königs Ferdinand von Bulgarien, der Prinzessin Kabaßka, zu verloben. — Ein zweites Verlobungsprojekt soll zwischen dem Kronprinzen Boris von Bulgarien und der Erzherzogin Gabriele, der vierten Tochter des Erzherzogs Friedrich schweben.

Der Dampfer „Prinz Eitel Friedrich“ verbrannt.

DD. Lugano, 4. Mai. Wie die „Agenzia Americana“ meldet, wurde der Dampfer „Prinz Eitel Friedrich“ in der Nacht Sabinilla verbrannt. Man vermutet Brandstiftung seitens der Mannschaft.

Aus England.

DD. Haag, 6. Mai. Reuter meldet aus London: Das Lebensmittelministerium erließ eine Verfügung, in der gesagt wird, daß große Vorräte an Speck und Schinken aus Amerika angekommen seien und deshalb eine Erhöhung der Fleischration vorgeschlagen werde. Neben der Fleischration dürfen bis zu 3 Pfund Schinken ausnahmsweise gekauft werden. Mit der Erhöhung der Speckration wird die Fettversorgung der Bevölkerung verbessert. Man gedenkt die Butterration in dem Augenblick erhöhen zu können, in dem die Speckration wieder herabgesetzt wird.

Norwegen.

DD. Kopenhagen, 6. Mai. In Norwegen sind zwei fleischlose Tage eingeführt worden. Dienstag und Donnerstag ist es in allen Restaurants und Hotels verboten, Fleischgerichte zu servieren. Die Bestimmung gilt bis auf weiteres.

Aus Japan.

DD. Haag, 6. Mai. Reuter meldet aus Tokio: Die russischen Behörden in Kurland verhafteten den japanischen Botschaftssekretär und Vorstehenden des japanischen Vereins unter der Anschuldigung der Spionage.

Deutschland und Holland.

DD. Berlin, 7. Mai. Die Verhandlungen zwischen Holland und Deutschland, die eine Zeitlang sich sehr schwierig gestalten schienen, sind nunmehr beendigt. Die letzten Stadien der Verhandlungen sind in Berlin zwischen dem holländischen Gesandten Baron Gevers und dem auswärtigen Amt geführt worden. Die Vereinbarungen, die getroffen worden sind, gehen dahin, daß die freie Durchfuhr von Sand, Kies und Steinplag über die holländischen Wasserwege von Holland gestattet wird und zwar in einer Menge von 1,6 Millionen Tonnen jährlich. Weiter sind die Holländer damit einverstanden, daß die Ausfuhr von Kies aus Holland nach Belgien auf Anforderung bis zu 250 000 Tonnen gewährt wird. Holland wird weiter die Durchfuhr aller Güter sendungen mit Ausnahme von Waffen, Munition und Heeresproviand auf den Bahnen nach Maasricht entsprechend dem Vertrag von 1874 gestatten und ist mit der Befreiung des Rheinschiffverkehrs einverstanden. Ueber den Abschluß des Wirtschaftsabkommens zwischen Deutschland und Holland schwebt zur Zeit noch Verhandlungen.

DD. Berlin, 6. Mai. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ schreibt: Das Verhalten einiger niederländischer Zollämter an unserer Grenze gab seit längerer Zeit in verschiedenen Richtungen zu Klagen Anlaß.

Neuerdings waren Zollbeamte dazu übergegangen, deutschen Reisenden, die aus Holland nach Deutschland zurückkehren, Kleidungsstücke unter der Begründung wegzunehmen und zurückzubehalten, daß diese Sachen in Holland eingekauft seien und entgegen dem Ausfuhrverbot über die Grenze gebracht werden sollten. Die Angaben der Betroffenen, in denen sie darlegten, daß sie die Kleider schon vor der Reise in Deutschland besessen hätten, blieben wirkungslos. Die darauf erfolgten Beschwerden über dieses Verfahren sind von amtlicher deutscher Seite unverzüglich bei der niederländischen Regierung zur Sprache gebracht worden und haben, wie verlautet, dazu geführt, daß die Rückgabe der weggenommenen Gegenstände zugesagt worden ist.

Die Waffen haben das Wort.

Unterstaatssekretär v. d. Bussche antwortet Lord Cecil in einem Interview.

DD. Berlin, 6. Mai. Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Hr. v. d. Bussche gab dem hiesigen Hause einen Gewährte einem Vertreter des W. Z. D. eine Unterredung. Der englische Botschaftsminister, Lord Robert Cecil, der sich über eine angeblich bevorstehende Friedensoffensive Deutschlands äußerte, gehört zu den englischen Staatsmännern, die ihre Stimmen zu erheben pflegen, wenn die englische Regierung in irgend einer unangenehmen Lage durch Nebenbarn das Wasser trüben möchte, um umgestört darin fischen zu können. Mit seinen Äußerungen pflegt es dabei Lord Robert Cecil meist nicht sehr genau zu nehmen. Wenn nun Lord Robert Cecil neuerdings erklärte, Deutschland werde nach etwaigen Mißerfolgen seiner Waffen im Westen zu einer vornehmlich gegen England gerichteten Friedensoffensive seine Zuflucht nehmen, so ist das wieder einmal eine schlechte Prophezeiung. Es ist bekannt, daß die Erfolge der deutschen Waffen im Westen, die noch keineswegs ihr Ende erreicht haben, bei der Entente einen gewaltigen Eindruck hervorgerufen haben. In England ist man sich in weiten Kreisen darüber klar, daß die Entente schon mehrfach den psychologischen Moment zu einem Friedensschluß verpaßt habe. Die Schuld daran wird den Regierungen der Westmächte in die Schuhe geschoben, die sich imperialistische Eroberungsziele gesetzt haben, um derentwillen sie den Krieg bis zur völligen Niederlage der Gegner weiterführen wollten. Man richtet Fragen an Herrn Lloyd George, der dieses Verhalten rechtfertigen soll, aber Lloyd George bleibt seine Antwort schuldig. Herr Clemenceau macht man zum Vorwurf, daß er in halsstarrer Verfolgung unerreichbarer Eroberungspläne der französischen Nation weiteres Blutvergießen nicht erspart. Die Behauptung Lord Robert Cecil, Deutschland werde, der Not gehorchend, eine Friedensoffensive unternehmen, wenn es ihm nicht gelänge, die Verbündeten niederzulampfen, ist das neueste Mittel, mit dem die Entente Staatsmänner das Kriegsfeuer ihrer Völker, deren Glauben an die Gerechtigkeit ihrer eigenen Sache im Schwinden ist, anzufeuern suchen. Möge sich das englische Volk mit solchen Mandeln auseinandersetzen, wie es will. Vordere haben die Waffen das Wort. Es gilt, den Vernichtungswillen unserer Feinde gegen unsere Existenz und gegen unsere Unversenktheit mit hartem Eisen zu brechen. Gewaltige Erfolge haben wir erreicht und wir blicken mit festem Vertrauen auch in die Zukunft.

Die Umwälzung in der Ukraine.

Der Hauptausschuß und die Vorgänge in der Ukraine.

Die Antwort, die den Abgeordneten im Hauptausschuß zuteil wurde, deckt sich im Großen und Ganzen mit dem, was schon vorher über den Stand der ukrainischen Angelegenheiten bekannt wurde. Weil aber trotzdem einige interessante neue Angaben in der Rede des Vizelanzlers von Payer enthalten sind, geben wir sie in folgendem wieder:

Die deutschen Truppen sind seinerzeit in die Ukraine auf den ausdrücklichen Wunsch der ukrainischen Regierung eingerückt, um dort diejenige Ordnung zu schaffen, die zu schaffen der Regierung selbst nicht gelingen wollte. Aber auch verschiedene Gründe anderer Art haben mitgesprochen, als wir diesem Wunsch nachgegeben sind, so u. a. die Ernährungsfragen. Wir hatten beide ein lebhaftes Interesse daran, in einem möglichst großen Umfange und möglichst rasch Lebensmittel aus der Ukraine zugeführt zu erhalten. Die Ukraine hatte sich in einem nicht vorläufigen Protokoll verpflichtet, bis zum 31. Juli d. J. mindestens eine Million Tonnen Getreide zu liefern. Die Erfahrung zeigte aber bald, daß die Kaba nicht in der Lage war, ihre Autorität gegenüber der Bevölkerung durchzusetzen, die teilweise sich weigerte, Getreide abzuliefern und lieber an Großhändler liefern wollte. So blieb uns, sollte nicht ein sehr wichtiger Teil des Abkommens unerfüllt bleiben, nichts anderes übrig, als uns selbst um die vertragmäßige Ablieferung der Getreidemengen zu bemühen. Es ist klar, daß das von der Bevölkerung als Härte empfunden wurde. Was nun die Vorgänge in der Ukraine selbst anbelangt, so sind es drei Ereignisse, die sich in den Vordergrund des Interesses stellen. 1. der Selbstbestellungsbescheid des Generalsekretärs v. Eichhorn; 2. die Festnahme von Regierungsmittgliedern in der Kaba; 3. die Umwandlung der ukrainischen Regierung in eine neue, auf anderer Grundlage neu aufgebauete Regierung. Diese Umwandlung der ukrainischen Regierung ist nicht eine deutsch-ukrainische Angelegenheit, die uns nicht berührt. Die Kaba verlor in der letzten Zeit immer mehr an Boden. Sie hat das unzweifelhaft Verdienst, den ukrainischen Staat geschaffen und ihm den Frieden gegeben zu haben. Wie man aber nun daran gehen wollte, einen neuen Staat zu errichten, da versagte sie aufeinander. Das hatte festhalten an den kommunistischen Theorien, die bei der an der Scholle hängenden hauptsächlichsten Bauernbevölkerung keinen Anklang gewannen, scheint hauptsächlich, soweit wir es beurteilen können, ihr Ende herbeigeführt zu haben. Was nun den Selbstbestellungsbescheid betrifft, so ist er erfolgt, weil infolge der drohenden Landenteignung die Gefahr bestand, daß ein großer Teil des Bodens unbebaut bleiben würde, die uns gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Es standen somit lediglich die Interessen unseres Volkes auf dem Spiel. Der zweite Punkt bezieht sich auf die Verhaftung von Regierungsmittgliedern in der Kaba. Hier schloß Vizelanzler von Payer die Verhaftung des ukrainischen Landdirektors Dobry durch drei bewaffnete Männer, jenes Mannes, der bemüht war, in Finanzangelegenheiten

erfolgreich mit Deutschland zu verhandeln, wie weiter, daß im Hause des Kriegsministers ein Plan geschmiedet worden sei, alle deutschen Offiziere umzubringen. Wären diese tot, so würden sie mit den Soldaten schon fertig werden. Da der Ministerpräsident versprochen habe, Untersuchung einzuleiten, es aber unterließ, so blieb es auf deutscher Seite, schnell handeln. Es blieb also nur übrig, entweder an die ukrainische Justiz sich mit Strafanträgen zu wenden, oder wir hatten die Wahl entweder zuzugreifen und uns selbst zu sichern oder unsere Sicherung im Wege des gerichtlichen Verfahrens zu suchen, das allerdings nicht im Rahmen der ukrainischen Gerichtsverfassung sich abspielen konnte. So wurde ein gerichtliches Verfahren eingeleitet und die Verhaftung der aus der Presse bekannten Persönlichkeiten angeordnet. Bei der Verhaftung sind einige Schwierigkeiten erfolgt, dafür haben wir aber Genehmigung gefunden, und aus den deutschen Kommandanten abgelehnt.

Was nun die neue Regierung anlangt, so ist sie von den Ukrainern selbst und zwar von den ukrainischen Bauern ins Leben gerufen worden. In Kiev sind vor kurzem Bauerndeputationen erschienen, bestehend aus den grundbesitzenden Bauernelementen, die mit den kommunistischen Enteignungsgeboten der Kaba nicht zufrieden waren, sondern sich auf den Boden eines Programms stellten, daß zwar der Grundbesitz auch wesentlich eingeschränkt werden müsse, aber nicht eine entschädigungslose Enteignung, die, wie man gesehen hat, zu Chaos und Anarchie führt, sondern eine ordnungsmäßige Abfindung durchgeführt werden soll. Diese Bauern, etwa 70 000 an der Zahl, vereinigten sich im Kiewer Zirkus und riefen den ukrainischen General Skoropadski zum Diktator und Vorkämpfer der Ukraine aus. Skoropadski nahm die Würde an und ist gegenwärtig mit der Bildung einer neuen Regierung beschäftigt. Diese Bildung ist noch nicht zum Abschluß gelangt. Das Ministerium wird, soweit wir feststellen können, gleichfalls demokratisch sein. Es soll sich von der bisherigen Regierung, mit der sie die Idee des ukrainischen Nationalstaates gemeinsam hat, hauptsächlich durch die Nichtanerkennung des kommunistischen, das Eigentum an Grund und Boden negierenden Theorien unterscheiden. Die Beseitigung der bisherigen Regierung ist im ganzen friedlich verlaufen. Ministerpräsident Golubowitsch und Vizepräsident Grushevski haben auf die Regierungsgewalt für ihre Person verzichtet, jedoch den Mitgliedern der bisherigen Regierung freigestellt, ob sie sich an der neuen Regierung beteiligen wollten oder nicht. Die neue Regierung hat unter Vertretern erklärt, daß sie sich voll und ganz auf den Boden des Brest-Litowsker Vertrages und der sonst mit uns getroffenen Abmachungen, einschließlich der Getreidelieferungen stellt. Weitere Vereinbarungen speziell auch über die für unsere militärische Hilfe zu leistenden Entschädigungen werden von der Regierung durch Verhandlungen mit unserem Botschafter und General Groener, dem Stabschef des Feldmarschalls von Eichhorn festgelegt werden.

Darauf nahm Herr Scheidemann das Wort. Er betonte, daß es sich bei der Beurteilung der Verhältnisse in der Ukraine um drei Fragen handle: einmal um den Erlaß des Generalsekretärs v. Eichhorn, dann um die Verhaftung der Mitglieder der Kaba und schließlich um die Aufstellung der neuen Regierung. Er sprach seine Überraschung über die Entwicklung aus, die die Dinge in der Ukraine genommen hätten. Es seien gefährliche Experimente, die jetzt in der Ukraine unternommen würden. Dem Berliner Vertreter der Ukraine habe man die Verbindung mit Kiev unmöglich gemacht. Der Heiman Skoropadski habe das Volk nicht hinter sich. Er habe nur 200 Stimmen erlangt, er habe dann zur ukrainischen Konstituante kandidiert und nur 9 Stimmen bekommen. Das werfe ein Licht auf die ganze Situation. Die Sache könne nicht von Dauer sein und der Zweck, dem Friedensvertrag gemäß das uns zustehende Getreide herauszuholen, könne so nicht erreicht werden.

Hr. Erzberger (Ztr.): Es sei notwendig, die ukrainische Angelegenheit im Plenum des Reichstags zu verhandeln, da die Zensur wahrheitsgemäße Berichterstattung über sie verweigere. Die Gestaltung der Ostfragen sei entscheidend für die gesamte künftige Gestaltung der Dinge in Europa. Die Ukraine wiederum sei der Angelpunkt des Ostens. Gerade dort aber seien wir im Begriffe, die größten Fehler zu machen. Der Redner stellte dann sechs Leitsätze für die künftige Politik in der Ukraine auf: 1. die politische Reichsfreiheit habe allein die Entscheidung zu treffen, 2. der Friedensvertrag von Brest-Litowsk müsse als Grundlage der Verständigung mit der Ukraine unbedingte Geltung erhalten bleiben, 3. die Lieferung des im Friedensvertrage versprochenen Getreides werde nur dann erfolgen, wenn Deutschland die gleichfalls versprochenen Kaufschiffe liefere, 4. die Verbündeten, Deutschland und Österreich-Ungarn, müssen einheitlich und geschlossen in Kiev vorgehen, 5. von jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse müssen sich die Mittelmächte fernhalten, wie das in der Vergangenheit nicht immer geschehen sei, 6. unsere diplomatischen Vertretungen in Kiev und Moskau müssen erweitert werden. Der Redner stellt dann noch Fragen bezgl. der neuen Ernennung, ob die Ukraine auch inslande sei, das verlangte Getreide liefern zu können. Auch in Litauen sei die Hinnahme zu Deutschland im Abnehmen begriffen.

Unterstaatssekretär Hr. v. d. Bussche gibt einzelne erklärende Details über den Vorgang in der Ukraine, während Unterstaatssekretär v. Staun, der kürzlich persönlich in Kiev war, Aufklärung gibt über die Frage, ob die in der Ukraine erwarteten Getreidevorräte auch wirklich vorhanden sind, welche Frage er, nach dem Urteil der Sachverständigen, mit Ja beantwortet. Der Unterstaatssekretär gibt dann eine eingehende Darstellung, über die Art und Weise, wie bisher die Landverteilung in der Ukraine vorgenommen wurde. Diese Verteilung sei zum reinen Wahnsinn ausgeartet und sei ohne jeden Grund erfolgt.

Hr. Ledebour (U. S.): Die Tatsachen bestätigen voll und ganz, was wir als Folge der übereilten Vertragsschließerei vorausgesehen hatten. Die deutsche Regierung habe die kommunistischen Anschauungen der ukrainischen Regierung genau gekannt. Auf Grund des Vertrages wäre die deutsche Regierung verpflichtet gewesen, ihr Spielraum für die Betätigung dieser Anschauungen zu lassen. Die neuen Minister werden nicht mehr Macht haben als die alten. Die deutsche Regierung und die militärischen Befehlshaber trügen die Schuld an allen Fehlern, die kommen müßten.

Die Macht des Hetman.

(36.) Berlin, 6. Mai. Pawlo Skoropadski und der Ministerpräsident Urimowitsch haben, wie dem ukrainischen Pressebureau aus Kiew gemeldet wird, die Staatsgewalt auf folgender Grundlage geregelt: Die volle Kriegsgewalt gehört in dem ganzen Gebiet des ukrainischen Staates dem Hetman. Der Hetman bestätigt die Gesetze, und ohne seine Bestätigung kann kein Gesetz gültig in Kraft treten. Der Hetman ernannt den Ministerpräsidenten. Dieser erwählt einen Ministerrat und unterbreitet das Kabinett zur Bestätigung dem Hetman. Der Hetman ernannt und entläßt das Kabinett in seiner Vollständigkeit, wie er auch alle anderen Personen zu ernennen und zu entlassen berechtigt ist, wenn das Gesetz dies nicht in anderer Weise vorseht. Der Hetman führt und leitet die Beziehungen zu den auswärtigen Staaten und ist oberster Kriegsherr des Landes und der Flotte. — In einer Reihe weiterer Gesetze wird die griechisch-katholische Kirche zur Staatskirche ernannt, jedoch die Gleichberechtigung aller anderen Konfessionen ausdrücklich anerkannt. Wesentlich ist außerdem § 19 der neuen Gesetzgebung für die Unantastbarkeit des Besitzes. Es wird keinerlei Enteignung ohne entsprechendes Entgelt zugelassen.

Der Aufruf.

(36.) Berlin, 6. Mai. In Kiew wurde ein Aufruf durch Ruanensky verbreitet. Darin wird gesagt, daß die Ukraine ihre Rettung der tatkräftigen Unterstützung der Zentralmächte verdankt. Alle Ukrainer hätten mit dem Einmarsch deutscher Truppen, der erwünscht war, das Vertrauen gehegt, daß wieder volle Ordnung eintrete. Diese Hoffnungen hätten sich nicht erfüllt, weil die frühere ukrainische Regierung sich als vollständig unfähig erwiesen habe. Anarchie und Unruhen seien eingetreten. Alle arbeitenden Schichten, die hauptsächlich unter Arbeitslosigkeit litten, hätten darum die kategorische Forderung aufgestellt, unverzüglich eine Wirtschaftsmacht zu bilden, die instand setze, der Bevölkerung Ruhe und Gerechtigkeit und die Möglichkeit der praktischen Arbeit zu sichern. Skoropadski erklärte dann, daß er sich dem Rufe der Bauern und Arbeiter, die Leitung des Landes zu übernehmen, nicht entziehen konnte. Im Aufrufe wird weiter volle Zustimmung über Grund und Boden anerkannt, vor allem volle Freiheit bei Abmachungen über Verkauf. Es werden dann auch Maßnahmen in Aussicht gestellt, daß der Großgrundbesitzer angemessene Preise zu stellen sich verpflichtet, wenn der Kleingrundbesitzer Grund und Boden erwerben will. Der Arbeiterklasse werden volle Rechte zugesichert, den Eisenbahnanstellungen Besserung ihrer rechtlichen Lage und der Arbeitsbedingungen zugesagt, wie auch auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete volle Handelsfreiheit eingeführt werden soll. Zum Schluß versichert Skoropadski, sein Bestes zu tun und bittet, ihm in seiner verantwortungsvollen Arbeit beizustehen.

Befreiung Dobruha.

W. Kiew, 6. Mai. Der Direktor der russischen Bank für auswärtigen Handel in Kiew, Dobruha, der vor etwa einer Woche unter geheimnisvollen Umständen in Kiew verhaftet wurde, ist in Charkow von den deutschen Militärbehörden ermittelt und befreit worden. Dobruha ist inzwischen nach Kiew zurückgekehrt. Aus den Untersuchungen des Falls ergibt sich mit voller Sicherheit, daß die Verhaftung Dobruhas auf Veranlassung von Mitgliedern der früheren Regierung zwecks Terrors erfolgte, und daß ohne das sofortige energische Einschreiten der deutschen Behörden weitere Verhaftungen vorgenommen worden wären. Auch war zu befürchten, daß die Betreffenden vor schlimmeren Taten gegen die Verhafteten nicht zurückgeschreckt wären. Der Grund für diese Maßnahmen lag darin, daß man alle diejenigen leitenden Männer des Wirtschaftslebens einzuschüchtern beabsichtigte, die bei den in Kiew geführten Verhandlungen gute wirtschaftliche Beziehungen zwischen den Mittelmächten, insbesondere Deutschland, und der Ukraine herstellten und ausbauen wollten. Dieses Verhalten beweist auch, wie wenig bei der früheren Regierung auf eine ehrliche Bereitschaft zur Durchführung der geschlossenen Wirtschaftsverträge zu rechnen war.

Tagesgeschichte.

Die preussische Wahlrechtsreform.

W. Berlin, 6. Mai. Ueber die Verständigungsverhandlungen in der Frage der preussischen Wahlrechtsreform hört der „Volksanzeiger“ aus parlamentarischen Kreisen: Die Verhandlungen, die aber noch ganz informell sind, nehmen ihren Fortgang, und eine Klärung ist erst in einigen Tagen zu erwarten. Die Befürworter dieses Kompromisses haben eine Grundlage zu finden, die die Gewähr dafür bietet, daß von der bisherigen Mehrheit so viele Stimmen abgezogen, um sie in eine Minderheit zu verwandeln. Es würde sich darum handeln, eine Formel zu finden, die die Mittelparteien einigt, einen Teil der Freikonservativen für sich gewinnt und die entschiedenen Wahlrechtsgegner im Zentrum veranlaßt, wenigstens der Abstimmung fernzubleiben. Dazu wäre nötig, daß das Zentrum seine kolonialen Sicherungen erhält, die Freikonservativen und die Nationalliberalen, soweit sie Wahlrechtsgegner sind, die gewünschten staatsrechtlichen und sonstigen Sicherungen, und daß das gleiche Wahlrecht nicht im absoluten Sinne ausgelegt wird. Für die Gewährung der Zusatzstimmen würden soziale und liberale Gesichtspunkte maßgebend sein. Allerdings dürfte bei diesem Modus der Begriff des gleichen Wahlrechts nicht auf die Goldwaage gelegt werden. Aber schon die Beschränkung der Staatsangehörigkeit und Aufenthaltshäuser haben ja den Begriff des gleichen Wahlrechts im Grunde genommen auf. Wie es scheint, steht die Regierung bereits mit Abgeordnetenkreisen in Fühlung.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Auszeichnung vor dem Feinde.

* Detschik, 7. Mai. Dem Gefreiten Nikolaus Steinmetz von hier ist das „Eiserne Kreuz“ 2. Klasse verliehen worden.

Weinzeitung.

Österreich, 4. Mai. Die Erste Vereinigung Österreichischer Weingutsbesitzer brachte heute hier 60 Nummern Detschiker, Mittelsheimer, Gailgartener und Winkler 1917er Naturweine zur Versteigerung. Die Weine entstammten den besten Lagen der Gemarkungen. Für das Halbstück wurden 3890—6290 Kr., das Viertelstück 2040—2480 Kr., durchschnittlich das Halbstück etwa 4760 Kr. bezahlt. Einige Nummern gingen zurück. Der gesamte Erlös stellte sich rund auf 280 000 Kr.

Allgemeine Ortskrankenkasse Eltville.

Eltville, 5. Mai. Am 28. v. Mts. fand eine ordentliche Ausschusssitzung der Ortskrankenkasse statt. Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Bürgermeister Janssen-Niederwall, leitete die Sitzung. Beisitzer waren Bankbeamter Abt-Eltville und Schlosser Hohenstein-Niederwall; Schriftführer Bürgermeister Dr. Reutner-Eltville. Der Ausschussvorsitzende gedachte des Ablebens des Ausschussmitglieds Struppmann-Hattenheim, sowie der im Laufe des Jahres im Felde gefallenen Krieger, wobei ihr Andenken von den Anwesenden durch Erheben von den Sihen geehrt wurde. Der Vorsitzende des Vorstandes, Herr Peter Fleischer 2., ging hierauf in längerem Vortrage die allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten der Kasse durch. Er erklärte, daß nach der Bundesratsverordnung vom 17. März d. J. Änderungen und Ergänzungen der Satzungen, soweit sie zur Durchführung der Bekanntmachung vom 22. November 1917 notwendig sind, ohne Ausnahme in die Satzung vom Vorstand allein beschlossen werden könnten. Er sei jedoch mit dem Vorstande darüber einig gewesen, daß eine solche wichtige Angelegenheit unter Mitwirkung des Ausschusses zu beraten sei. Des weiteren befaßte er sich eingehend mit den Arzt- und Arzneifragen und behandelte zum Schluß die geplante Einführung der Familienversicherung. Er betonte, daß es das Bestreben des Vorstandes und der Kassenverwaltung sei, eine großartige Familienversicherung einzuführen. Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete Herr Kassensführer Red. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß trotz der mäßigen Geschäftslage der Kasse der Betrieb ein äußerst reger gewesen sei. Durch die allgemeine Lohnverhöhung aller Arbeitsschichten hätten demgemäß die hier eingegangenen Lohn- bzw. Gehaltsanmeldungen eine erstaunliche Höhe erreicht. Der Krankenbestand sei während des ganzen Geschäftsjahres ein sehr hoher gewesen. Die Krankenkasse habe von 917 mit 20 771 Krankentagen im Jahre 1916 auf 1027 Fälle mit 27 249 Krankentagen im Rechnungsjahr gestiegen. Erfreulicherweise seien die Krankentage für die Kriegsteilnehmer gegen das Vorjahr erheblich zurückgegangen, woraus sich ergibt, daß die Steigerung der Fälle und Krankentage und der damit verbundenen Mehrausgaben auf das Konto der in den Heimatbetrieben beschäftigten Versicherten zu buchen sei. Nach dem Gutachten der Herren Kassenärzte müsse das erhebliche Emporsteigen der Krankentage in erster Linie auf Unterernährung zurückgeführt werden. Diese Angaben haben die Kassenverwaltung veranlaßt, im Laufe des abgelaufenen Geschäftsjahres sich in verschiedenen Eingaben an das Kriegsernährungsamt, an das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten sowie an das Ministerium für Handel und Gewerbe zu richten mit dem Ersuchen, auf ausgiebigere Belieferung des Rheingaukreises mit Lebensmitteln hinzuwirken. In diesen Eingaben habe die Kasse darauf hingewiesen, daß der Rheingaukreis vielfach als landwirtschaftlicher Kreis angesehen werde, was jedoch nicht gerechtfertigt sei. Vortragender ging sodann besonders eingehend auf die Einnahmen und Ausgaben der Kasse ein, wobei er Vergleiche mit dem Voranschlag stellte. Er erläuterte sodann den Rechnungsabluß pro 1917 und wies auf die gesamte Vermögenslage der Kasse hin. Namens der Rechnungsprüfungs-Kommission erstattete Herr Bankbeamter Abt-Eltville dahingehenden Bericht, daß die eingehende Prüfung der Kassenbücher und Belege stattgefunden und zu Erinnerungen keinerlei Anlaß gegeben habe. Es wurde dem Vorstande Entlassung erteilt. Von den Änderungen verschiedener Paragraphen unserer Satzung interessierte wohl am meisten die Erhöhung der Grundlöhne. Die Änderungen wurden in der vom Vorstande vorgeschlagenen Form einstimmig genehmigt. Vorbehaltlich der Genehmigung des Oberversicherungsamtes zu Wiesbaden werden demnach neun Lohnstufen mit dem höchsten Grundlohn von 8 Kr. errichtet. Herr Bürgermeister Dr. Reutner-Eltville wünschte eine weitere Ausstattung der Ortskrankenkasse durch Einführung einer höheren Stufe mit einem Grundlohn von 10 Kr. Nach eingehender Besprechung dieses Antrages zog er denselben wieder zurück. Namens des Ausschusses sprach der Ausschussvorsitzende dem Vorstande und der Kassenverwaltung den Dank für gute Geschäftsführung aus.

Ferkelköstpreise für Schlachtferkel.

Am Radesheim a Rh., 6. Mai. Die neuerdings festgesetzten Ferkelköstpreise von 1.10 Kr. pro Pfund Lebendgewicht als Stoll haben nur für Schlachtferkel Gültigkeit, die zum Zwecke sofortiger Schlachtung erworben werden, nicht aber für Tiere, deren Kauf zu Zuchtzwecken oder zur Aufstellung zum Masten erfolgt, für welche keine Köstpreise gestellt.

Großer Weintransport.

+ Vom Mittelrhein, 5. Mai. Auf der Bergfahrt nach Mainz befindet sich ein Wolschleppkahn „St. Nikolaus“, der eine kostbare Ladung, wie sie die Mosel hinab noch nicht gefahren ist, an Bord hat. Der Kahn hat nämlich 250 Fuder Moselwein, also rund 240 000 Liter an Bord. Diese Ladung ist nach Mainz bestimmt. Der aus Kesten an der Mosel stammende Kahn fährt im Anhang des Schraubenschleppdampfers „Wacht am Rhein Nr. 2“.

Unglücksfall.

× Aus Rheinhessen, 5. Mai. In Sörrenloch hatte die 28 Jahre alte Frau des Tagelöhners Matthes, der im Felde steht, mit der Herrichtung des Abendessens zu tun, als die Kleider der am Ofen stehenden Frau Feuer fingen und sie plötzlich in Flammen stand. Die Hausbewohner und Nachbarn löschten die brennenden Kleider. Die Brandwunden, welche die Unglückliche davon trug, waren aber so schwer, daß sie ins städtische Krankenhaus nach Mainz geschafft werden mußte.

Vom Blitz erschlagen.

* München, 6. Mai. Ein schweres Unglück hat sich

bei Ering (Niederbayern) zugegetragen. Mit seinen beiden Söhnen und seinem Schwiegervater suchte der Briefträger Trifflinger Schutz vor einem Unwetter in einer Grenzstätte, die unter einer Tanne stand. Der Blitz erschlug den Briefträger Trifflinger und seinen älteren Sohn, während der jüngere Sohn und der Schwiegervater betäubt, schwer verwundet und gelähmt wurden.

(1) Saarbrücken, 6. Mai. Kurz vor Kriegsbeginn ist der Metzger Jakob Maurer aus Hausweiler auf Grund von Indizienbeweisen wegen Mordes ohne Überlegung, begangen an der 12-jährigen Erna Kretschmar, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Wie die „Saarbrücker Volkszeitung“ meldete, hat nunmehr die Stiefmutter der ermordeten Kretschmar auf dem Sterbebette bekannt, daß sie unter Beihilfe der Großmutter ihr Stiefkind mit einer Totschneidung getötet und darauf bei Seite geschafft habe. Maurer ist also unschuldig verurteilt worden. Seine Eltern sind kurz nach dem Prozeß aus Gram gestorben, er selbst soll im Zuchthause auch bald gestorben sein.

Ein Millionenraub.

* Basel, 6. Mai. Nach einer Petersburger Depesche der Pariser Blätter überfiel eine Räuberbande auf der Bahnstrecke Rjazan im Ural einen Postzug und raubte für 9 Millionen für Moskau bestimmte Banknoten.

Strenge Strafen für Feldentwendungen.

(8) Im Interesse der öffentlichen Sicherheit hat das stellv. Generalkommando 18. A. R. durch Verordnung vom 11. Mai 1917 bestimmt, daß mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Kr. bestraft wird, wer Garten- oder Feldfrüchte aus Garten oder Obstanlagen, von Aedern, Wiesen usw. entwendet. Alle Anzeigen wegen Feldentwendungen werden jetzt von der Staatsanwaltschaft weiterverfolgt. Im vergangenen Jahre haben die hiesigen Gerichte wegen Feldentwendungen bereits in zahlreichen Fällen sehr hohe Strafen verhängt. Hierauf seien ganz besonders die Eltern aufmerksam gemacht, damit sie ihre Kinder von der Entwendung von Obst, Gemüse, Futter und dergl. abhalten.

— Ein Mahnen! Der bekannte Schweizerische Militärkritiker, Oberst Egli, schreibt über seine Frontindrücke während seiner kürzlichen Reise an die Westfront: „Von Frankfurt habe ich einen peinlichen Eindruck mitgenommen, der in gewissem Gegensatz steht zu der Opferwilligkeit einfacher Volkstreue. Ich habe in einem sehr guten und nicht sehr billigen Restaurant zu Abend, das recht gut besetzt war. Man sah den Gästen an, daß sie die Not des deutschen Landes noch nicht am eigenen Leibe verspürt hatten. Wohlgenährte Herren und eben solche Damen in kostbaren Kleidern mit funkelnden Steinen! Was auf den Tisch kam, war gut und teuer. Eine bescheidene, bleiche Frau kommt mit der Sammelbüchse für das Rote Kreuz. Sie wird von fast allen den fatten Würgern mit ihren Frauen abgewiesen. Geizig haben die meisten von ihnen wohl schon gegeben, ihre Namen standen wahrscheinlich in den Zeitungen in dem Verzeichnis der großen Zeiträger auf Kriegsanleihe und mit großen Beiträgen an der Spitze der Sammelliste für Kriegswohltätigkeit. Und doch bin ich der Meinung, daß man ein hartes Herz haben muß, um eine kleine Gabe für Verbundenheitspflege zu verweigern, wenn man sich für viel Geld satt gegessen und getrunken hat und namentlich zu einer Zeit, wo große Kämpfe im Gange sind, die über das Schicksal des Reiches entscheiden. Wer 10 Mark und mehr für eine Flasche ausgelassenen Weins begahnen kann, darf niemals 10 Pfennig verwehren, die ihr Blut auch für die Senieper im Flandern hergeben.“

Rhabarber-Vergiftung?

(2) Nach dem Genuß von Rhabarber-Blättern, die wie Spinat zubereitet worden waren, erkrankte in Düsseldorf eine aus neun Köpfen bestehende Familie an Vergiftungserscheinungen. Ein Kind ist bereits gestorben, ein zweites Kind schwelt in Lebensgefahr. Die Folgen der Vergiftung zeigten sich in hartem Erbrechen, anhaltendem Durst und schnellem Kräfteverfall. Nach ärztlicher Ansicht liegt Vergiftung durch den Genuß der Rhabarberblätter vor. Es sind schon öfters Erkrankungen nach dem Genuß von Rhabarberblättern vorgekommen, weshalb darf Rhabarber nur in Stielen, nicht in Blättern verkauft werden.

Ein Gaunertrick.

* Von Schöttmar schickten Einbrecher an die Familie Hofmeister in Lemgo ein Telegramm: „Gleich alle kommen, Freia verunglückt.“ Die Familie begab sich sofort nach dem Dorfe, wo die Verwandten wohnten. Als sie dort ankamen, war Freia ganz munter. Als man in Lemgo ankam, war die Wohnung von Einbrechern ausgeplündert und allein an barem Gelde 3600 Kr. gestohlen.

Der „Schuyman“ in der Brotkommission.

(1) Eine Diebstahlsaffäre, die einer gewissen Komik nicht entbehrt, spielte sich gestern in dem Brotkommissionsraum eines westlichen Vorortes in Berlin ab. Dort haben nach Schluß der Arbeitszeit um 6 Uhr immer zwei der angestellten Damen Nachdienst, dann werden sie um 8 Uhr von einem Schuyman abgelöst. Diese Vorstandsmaßregel dient dazu, um dem überhandnehmenden Brotartenmangel vorzubeugen. Gestern Abend erschien nun schon gegen 7 Uhr in der erwähnten Stelle ein Schuyman, er erklärte sein frühzeitiges Kommen damit, daß er nichts anderes zu tun habe und etwas lesen werde. Die Damen konnten ruhig gehen, er werde den Rest ihrer Dienstzeit übernehmen. Niemand war froher als diese. — Als gegen 8 Uhr der richtige Schuyman, der den Dienst auszuüben hat, erschien, war nicht nur der freundliche erste Schuyman, der ein Schwindler gewesen war, sondern mit ihm auch die vorhanden gewesenen Brotarten verschwunden.

Bunt Stangenbohnen!

* Die Bohne ist ein von allen Bevölkerungsklassen geschätztes Gemüse und verwendbar als Hauptgericht wie als Zupfe. Gebaut wird die Bohne zumeist im Mai. Samen ist überall leicht zu beschaffen. In Ermangelung der Bohnenstangen und sonstigen Aufzuchtungsmaterials kann die Bohne an Gartenzäune oder sonstige Umfriedungen, an Gartenhäuschen usw. gepflanzt werden. Kosten und Mühen sind gering aber der Ertrag dagegen groß. Die Erntezeitung zum Anbau von Bohnen richtet sich an Städter wie an Landleute.

— Das zukünftige Briefporto. Nach dem dem Reichstag zugewandten Gesetzentwurf, der im Hauptauschuss bereits angenommen ist, soll das Briefporto in Zukunft betragen: im Ortsverkehr: für Postkarten 7½ Pfennige (wie bisher), für Briefe: bis 20 Gramm 10 Pf., über 20 Gramm 15 Pf. Im Fernverkehr: Postkarten 10 Pf., Briefe wie bisher 15 Pf., bzw. 25 Pf. Erhöht wird also das Porto für Ortsbriefe und Fernpostkarten.

— Lehrgang für Wildfrüchte. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst veranstaltet einen neuen Lehrgang über Wildfrüchte vom 14. bis 16. Mai in Bonn. Der Lehrgang steht unter Leitung des Professors Dr. Rüster in Bonn. Der Unterricht erfolgt kostenlos. Gegenüber müssen die Teilnehmer Fahrt und Aufenthalt bezahlen. Anmeldungen sind an Professor Dr. Rüster in Bonn zu richten.

— Handel mit Gänsen. Das Kriegsernährungsamt hat bestimmt: Der Preis für geschlachtete Gänse aus dem Jahre 1918 oder früheren Jahren darf folgende Beträge für das Pfund nicht übersteigen: beim Verkauf durch den Züchter oder Mäster (an den Händler frei Versandstation (Bahn oder Schiff) 3.50 Mark, b) an den Verbraucher 4.00 Mark; beim Verkauf durch den Händler a) an den Kleinbändler frei Lager oder Laden des Empfängers 4.00 Mark, b) an den Verbraucher 4.50 Mark. Die für den Verkauf durch Händler oder Mäster an den Verbraucher festgesetzten Preise erhöhen sich, wenn der Verkauf an Verbraucher in Gemeinden erfolgt, die mehr als 100 000 Einwohner zählen, um 25 Pf. Die Preise gelten für ungeöffnete, gerupfte Gänse (ohne Schwanzfedern); sie schließen die Kosten der Verpackung ein. Die Verwendung von Stroh bei der Verpackung (Strohbindung) ist verboten. — Lebende Gänse dürfen nur nach Stückzahl verkauft werden. Der Preis für lebende Gänse aus dem Jahre 1918 oder früheren Jahren darf beim Verkauf durch den Züchter oder Mäster folgende Beträge für das Stück nicht übersteigen, wenn die Lieferung erfolgt: im Mai 1918 12 Mark, im Juni 1918 14 Mark, im Juli 1918 16 Mark, im August 1918 17 Mark, nach dem 31. August 1918 19 Mark. Die Preise gelten ab Stall des Züchters oder Mästers. Sie sind auch für Verkäufe maßgebend, die vor Inverkehrtreten dieser Verordnung abgeschlossen sind, soweit noch nicht geliefert ist. Beim Weiterverkauf darf den Preisen ein Betrag bis zu 3 Mark zugeschlagen werden. Dieser Zuschlag umfasst Kommissionen, Vermittlungs- und ähnliche Gebühren, sowie sämtliche Aufwendungen einschließlich der Beförderungskosten. — Die lebende Gans darf also in diesem Monat nicht mehr wie 15 Mark kosten. Mit dieser Preisfestsetzung sind die Gänse jetzt sicherlich wieder vom Markt verschwunden.

— Zeichenüberführungen. Um den Wünschen von Angehörigen der auf dem westlichen Kriegsschauplatz Gefallenen zu entsprechen, hat es sich nach einer Mitteilung des Kriegsministeriums wider Erwarten ermöglichen lassen, die verhängte Sperre aufzuheben und Rückführungen von Zeichen — soweit es die Verleidlage und Kampferhältnisse erlauben — wiederzulassen bis zum 31. Mai 1918 zu gestatten. Falls die in letzter Zeit aus militär- und verkehrstechnischen Gründen abgelehnten Gesuche aufrecht-

halten werden, sind sie unverzüglich bei dem kelloverreitenden Generalkommando erneut einzureichen.

— Feldpostpäckchen. Nachdem das B. L. B. innerhalb von acht Tagen zwei widerstrebende Nachrichten über den Feldpostpalettenverkehr an die Weisheit verbreitet hatte, veröffentlicht es jetzt eine dritte Mitteilung, die hoffentlich richtig ist. Sie lautet: An die Truppenangehörigen der Weisheit. Sie werden jetzt wieder alle Arten von Feldpostsendungen, also auch nichtamtliche Feldpostbriefe über 50 Gramm (Päckchen) angenommen.

— Die Fleischration. Zur künftigen Fleischversorgung schreibt die „Germania“: Man wird damit zu rechnen haben, daß voraussichtlich im Beginn des nächsten Erntejahres eine Herabsetzung der Fleischration zu erwarten ist. Gegenwärtig kann eine Verminderung der Fleischration nicht in Betracht kommen, da ein Erfolg durch Erhöhung der Beiratsration infolge der ungünstigen vorjährigen Getreide-Ernte nicht möglich ist. Schon jetzt läßt sich übersehen, daß die Aufrechterhaltung der Schlachtungen im gegenwärtigen Umfang über Anfang oder Mitte August hinaus einen im Interesse der künftigen Volksernährung und der landwirtschaftlichen Erzeugung unerwünschten Eingriff in die Wirtshaft und Arbeitskräfte herbeiführen würde.

Aus Deutschlands schwerster Kriegsnot.

Man hört heute manchmal die Frage, ob nicht eigentlich das deutsche Volk schon bisher im jetzigen Kriege schwerer heimgesucht worden sei und Schwereeres zu tragen gehabt habe als im dreißigjährigen Kriege. In gewissem Sinn mag das zutreffen. Die Zahl der Opfer dieses Krieges ist höher als im dreißigjährigen Kriege; höher, viel höher als in jedem Kriege der Vergangenheit. Man vergewissert sich nur, welche Mienen heute kämpfen, während im dreißigjährigen Kriege die aufsehbaren Schlachten von 20 bis 30 000 Mann auf jeder Seite geschlagen wurden! Und das waren gewöhnliche Schlachten, meist aus Fremden bestehend: Kroaten, Wallonen, Romanen, sogar Kosaken; aus dem eigenen Volk schwanden nur die verlorenen Söhne zum Raubfeld. Heute steht die Waise des Volkes zu ungezählten Hunderttausenden in den kämpfenden Heeren, und mancher tote Krieger bedeckt einen unersichtlichen Verlust für Kunst und Wissenschaft, für Kirche und Schule. Ferner muß eingeräumt werden, daß damals doch nicht alle Teile Deutschlands gleichmäßig gelitten haben. Manche Gebiete kamen recht gelinde davon, so z. B. die niederdeutschen Landeshäuser. Aber auch die übrigen größeren Städte, Augsburg, Nürnberg, Straßburg, Leipzig usw. profitierten geradezu durch den Krieg, durch ihren Handel, ihre Waffenfertigung. Und überdies fand die damalige Notzeit ein weniger „sensitives“ Geschlecht. Die Menschheit hatte noch ein einfacheres Seelenleben. Man nahm gehobene noch ein, wie es schwere Schicksalsfälle sind, ruhiger hin, man war schlichter und einfacher im Tragen und Ertragen, man zergrübelte sich den Kopf und zerwürte sich das Herz weniger, als es in unseren „sensibilisierten“ Zeiten der Fall ist.

Im jetzigen Kriege ist die Last allgemeiner, gleichförmiger und gleichmächtiger auf unser ganzes Volk verteilt. Nicht nur infolge der allgemeinen Wehrpflicht, nein auch infolge der allgemeinen Brotkrise. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß auch die Traglast des deutschen Volkes eine ganz andere geworden ist, als sie vor dreihundert Jahren war. Die Verkehrsmittel, die technischen Hilfsmittel haben uns instandgesetzt, jeder Not irgendwie zu begegnen. Das Allergrößte: Plünderung, Mord und Raub und Brand, hat nur einige wenige abgelegene Grenzstriche getroffen. Der Hunger hat uns in der Gestalt der knappen Ernährung alle getroffen, aber Hunger und Mangel sind nicht so unbestimmt. Und der letzte der apokalyptischen Reiter, Pestilenz und Seuche, blieb durch die fortgeschrittenen hygienischen Wissenschaft von unseren Grenzen ausgeperrt.

Wie anders im dreißigjährigen Kriege! Das z. B. Magdeburg erduldet, ist hundertfach beschrieben und geschildert. In Augsburg waren an 60 000 der Bevölkerung zugrunde gegangen, 2200 Wohnungen standen leer. In dem vorher blühenden Wiesbaden waren Straßen und Marktplatz mit Haufen und Sträudern überwachsen. In Berlin lagen nach dem Krieg 200 Häuser in Asche, von 24 000 Einwohnern waren 6000 übrig geblieben. Aber wie hat erst das Dorf, das flache Land gelitten! In der Grafschaft Henneberg, die der Krieg erst in seiner zweiten Hälfte traf, waren im Jahre 1649 75 Prozent der Menschen und 66 Prozent der Wohnungen vernichtet. Die Mark Brandenburg war zur Einöde geworden, in der man meilenweit reisen konnte, ohne einen Menschen oder ein Stück Vieh anzutreffen. In der fruchtbaren Rheingau, dem Garten Deutschlands, wuchs nach dem Krieg nur Dornenbüschel auf den Acker, die Weinberge lagen wüst. In Württemberg waren 8 Städte, 45 Dörfer, 65 Klöster, 158 Pfarr- und Schulhäuser und 36 000 Wohngebäude abgebrannt und in nur 7 Jahren 345 000 Menschen zugrunde gegangen. Eine noch unvollständige, in Wien zusammengestellte „Zila“ berechnet 1975 abgebrannte Schlösser, 1629 Städte und 18 310 Dörfer und Weiler! Von den unterirdischen Katakomben und Katakomben, die eine entmenschte Soldateska über die unglückliche Bevölkerung, Mann und Weib und Kind verhängte, schweigt man am besten. Was ein Augenzeugen dieser Leiden, Grimmelshausen, in dem berühmten ältesten deutschen Roman „Der abenteuerliche Simplicissimus“ erzählt, läßt uns heute noch die Haut schauern. Wir müssen im jetzigen Krieg (übrigens wohl Kriege und Kämpfe auch ähnliches zu berichten) an die Vorgänge in dem Reichland der allerjüngsten Zeit, an die Greuelthaten der Revolutionäre in Finnland, Estland und Livland denken, um einigermaßen einen Vergleich zu gewinnen.

Dem großen Bauernmord folgte selbstverständlich, da niemand mehr den Acker bestellen konnte, die Hungersnot; und hinter dem bleichen Gespinnst des Hungers schritt die Pest und erhob ihre Knochenhand. Das Ungeschehen ward über Deutschland ausgebreitet, Armut und Elend waren das Teil der Überlebenden. Wenn wir heutigen uns dadurch interessiert machen wollen, daß wir behaupten, wir erdulden das Beste oder gar noch Schwereeres, wie unsere Väter vor 300 Jahren, so trifft das nicht in allem zu.

Verantwortlich: Adam Etienne, Destr. 12.

Dachstuhl-Möbilar-Versteigerung zu Erbach im Rheingau.

Wegen Todesfall läßt Frau Jacob Schmutter am Samstag, den 11. Mai cr., morgens 10 Uhr beginnend, in ihrer Wohnung, Tannstr. Nr. 2 zu Erbach i. Rhg., nachverzeichnete Mobiliargegenstände zu freiwillig meistbietend gegen Barzahlung versteigern als:

Sessel-Einrichtung bestehend aus: Sofa und 4 Sessel mit Seidenbezug, Salonsofa, Tisch, 2 Stühle, Goldspiegel und Teppich, **Eichen-Büro-Einrichtung** bestehend aus: 1 amerik. Rollschreibtisch mit Stuhl, 1 vierseit. Holz-Bücherständer und Stühle, Kopierpresse und sonstige Büro Utensilien, **weiße Schlafzimmer-Möbel** als: Bett, Kleiderschrank, Waschkommode, Nachttisch und Stühle, 4 Betten, Kleider- und Waschkommode, Kommoden, Nachttische, diverse Stühle, Tische und Kleinförmel aller Art, Cocostühle und Lampen, elektrische Lampen und Lampen, Glas, Kristall, Porzellan, Tsch. und Kaffee-Service, Ripp- und Aufstellflächen, Gebrauch- und Handlungsgegenstände aller Art, Küchenschrank, Küchengeräte, Einnachschöpfe und Mäler, **Kellerei-Utensilien**, Weinpumpe, Weinschläuche, Waschkommode, Waschkommode, Gartenmöbel u. Gartengeräte u. dgl. m., ferner **1/4 Stück Weißwein**

(1904er Erbacher) u. ca. 200/1 Fl. Erbacher verschiedene Jahrgänge.

Besichtigung am Versteigerungstage vor Beginn der Versteigerung.

Der beauftragte Auktionator:
Wilhelm Helfrich,
Wiesbaden, Schwalbacherstraße 23.
Telephon 2941.

Von Mittwoch ab schöne

Hannoveraner Ferkel

zu haben bei
Serziger, Schierstein, Viebricherstr. 23.
Telephon Viebrich Nr. 207.

Institut für vornehme Ehevermittlung.

Frau Ella Tischler, Wiesbaden
Grabenstrasse 23. — Telephon 3973.

Holz-Versteigerung.

Am Mittwoch, den 8. Mai, vormittags um 10 Uhr beginnend, werden in dem Mittelheim der Gemeindegewald, Distrikte: „Frankensteinweg“, „Hermannsborn“ und „Wieswald“, die nachbezeichneten Gehölze öffentlich versteigert:

- 1 Eichenstamm von 1,01 Hm,
- 36 Nm. Buchen-Scheitholz,
- 121 „ Buchen-Knüttelholz,
- 179 „ Buchen-Knüttelholz,
- 189 „ Eichen-Knüttelholz,
- 248 „ Eichen-Knüttelholz,
- 41 „ Nadelholzknüttel,
- 4 Nadelholzstämme von 0,79 Hm und
- 207 Stück Nadelholzstangen 1. bis 5. Klasse.

Das Eichenknüttelholz ist durchgehend auf 1,80 Meter geschnitten.

Zusammenkunft im Distrikt „Frankensteinweg“.

Mittelheim, den 1. Mai 1918.

Der Bürgermeister:
Hirschmann.

Sehr wichtig!!

Bei den enorm hohen Waren-Preisen, insbesondere für Wein, Lebensmittel und Fabrikate aller Art, ist bei Verwendungen durch die Schiffahrt sowohl als auch durch die Bahn und sonstigen Beförderungsmittel (Züge) die **Versicherung gegen Diebstahl, Bruch, Verfall und Verlust** unter allen Umständen dringend geboten — Bei begründeten Schadenersatz-Ansprüchen haften die Schiffahrtsgesellschaften nur bis zum Höchstbetrage von Mk 1 — pro Kilo. — Billigste Prämien und zeitgemäße Bedingungen durch

Jacob Burg, Eltville a. Rh.

— Fernsprecher Nr. 12. —

Vertreter für Transport-, Unfall-, Haftpflicht-, Glas- und dergl. Versicherungen.

— Auskünfte bereitwilligst. —

Atelier für mod. Fotografie

Schusterstr. 28 MAINZ Schusterstr. 28
Moderne Fotos, Fotoklizen, Gruppenbilder, Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild. Großes Lager in Broschen und Anhängern. Aufnahmen dann gratis. 13 Postkarten v. Mk. 2.50 an, 12 Fotos 75 Pf. 12 Fotos Mk. 1.50. **Reisebilder in Foto. Ausführung.** Aufnahme bei jed. Witterung, bis abends 9 Uhr. Sonntags v. vorm. 10 bis mitt. 2 Uhr geöffnet. Elektr. Kopieranstalt, Entwickeln von Film u. Platten u. Abzüge auch fürs Feld.

Arbeiter u. Arbeiterinnen

nimmt ständig an
Chemische Fabrik, Winkel.

Jugendliche, auch teilegebeichädigte

Rüfer- und Keller-Arbeiter

für unsere Kellereien in Niederwalluf und Eltville gesucht.

Jac. Phil. Waldeck & Söhne

in Niederwalluf i. Rheingau.

Ich suche zum sofortigen Eintritt

zuverlässige Frau oder Mädchen

für das Lager.

Verständliche Vorstellung vormittags von 8—11 Uhr bei

August Saenchen,

elektr. Fabrik,

Eltville am Rhein.

2 kräftige Mädchen

zum

Spargelstechen

auf die Halder Aue gesucht.

Hans Brayer,

Winkel i. Rheingau.

„Haus Gutenberg.“

Gut erhaltener bequemer

Kinderwagen

zum Preise von 40 Mk. verkäuflich.

Wo, sagt d. Exped. d. Bl.

Zwei einspänner und ein leichter doppelspanner.

Leiterwagen

zu verkaufen.

Winkel, Hauptstraße 6.

Verloren!

Ein grüner Schirm bei Hause Dr. Bendel. Im Rückgabe gegen gute Besohnung wird freundlichst gebeten.

Rheinstr. 12, Destr. 12.

Acola Avenarius

(Carbolineum-Ertrag)

zu haben bei

J. Scherer, Destr. 12.

+ Bettmatten +

ist gefüllt durch einfaches Mittel. Viele Dankschreiben. Ausl. umsonst. Adolpho G. Stuckmann, Langwedel, Bez. Bremen.

Piano's

stimmt und repariert

Wilh. Müller, Mainz

Kgl. Spanischer und Luxemburger

Hof-Piano-Fabrik.

Gegr. 1843. Tel. 44, Münsterstr. 10

Eine junge kräftige

Fahrrad

zu verkaufen.

Näheres im Verlag d. Blg.

Banknotentaschen

Visitentaschen

Brieftaschen

Necessaires

Notizbücher

empfiehlt

Adam Etienne, Destr. 12.

Evangelische Kirchen-Gemeinde

Destr. 12.

Donnerstag, den 9. Mai,

Christi Himmelfahrt.

9 Uhr vorm.: Gottesdienst in Destr. 12.

11 1/2 Uhr vorm.: Gottesdienst in Erbach.